

Michael Klein: Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963

Tübingen: Mohr Siebeck, (Beiträge zur historischen Theologie, Bd. 129) 2005 XVI, 527 S.

Zu den Besonderheiten des deutschen Parteiensystems gehörte lange Zeit die Sonderstellung, die die Partei des politischen Katholizismus, das Zentrum, innehatte. Die Grundlage im katholischen Milieu sollte zumindest bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts Bestand haben und erst dann Auflösungsscheinungen zeigen. Solange es das Zentrum gab, solange gab es aber auch die Diskussion über seine Existenz und Zukunftschancen als konfessionelle politische Partei, eine Formel, die etwa Thomas Dehler als Widerspruch in sich erschien. Der legendäre Zentrumsturm hatte sich schon in den 20er und 30er Jahren zugleich als schwer einnehmbare Festung und Gefängnis erwiesen. Weitsichtige Politiker hatten daher schon während der Weimarer Republik versucht, die Konfessionsbarriere in der deutschen Parteienlandschaft zu überwinden – ohne Erfolg. Erst mit der Gründung der CDU war zumindest der Anspruch und das Ziel gegeben, eine über den Konfessionen stehende christliche Partei aufzubauen, auch wenn die Realität noch eine Weile auf sich warten ließ.

Ein protestantisches Pendant zum Zentrum gab es traditionell nicht; die protestantischen Wähler verteilten sich mit unterschiedlichem Schwerpunkt auf die übrigen politischen Lager: konservative und liberale Parteien in all ihren Differenzierungen sowie sozialistische bzw. sozialdemokratische Parteien. Gleichwohl ist die Frage nach der Stellung des (west-)deutschen Protestantismus zu den Parteien zu stellen, ihre Beantwortung ein Beitrag zur Geschichte des Protestantismus sowie der Parteien und des Parteiensystems gleichermaßen.

Zu Recht greift Klein in seiner Darstellung zunächst in die Zeit vor 1945 zurück, besser gesagt in die Zeit vor 1933. Denn die Zeit von 1933 bis 1945 läuft ausschließlich unter der Überschrift »Das Ende der politischen Parteien 1933 und die Widerstandsarbeit von Protestantenten«, der Kolumnentitel für das ganze (!) Kapitel zum Nationalsozialismus ist noch einseitiger: »Protestantischer Widerstand«. Nun soll hier keineswegs die Existenz des protestantischen Widerstands bestritten oder seine Bedeutung relativiert werden. Aber für die politische Positionierung von Protestantenten nach 1945 wäre auch ein systema-

tischer Blick auf die Haltung ihrer überwiegenden Mehrheit während des Nationalsozialismus wichtig gewesen.

Mit knapp 200 Seiten bildet der Abschnitt über das Verhältnis des protestantischen Konservatismus zu den Unionsparteien den eigentlichen Kern der Untersuchung Kleins. Diese Entwicklung in den einzelnen Ländern in den Jahren der eigentlichen Besatzungszeit und dann in der Ära Adenauer ist als ein wesentlicher Bestandteil der Modernisierung zu werten, die sich in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 vollzog. Die Aufhebung der alten Konfessionsgrenze im Parteienspektrum, in einem Staat, dessen Bevölkerung zu etwa gleichen Teilen aus Katholiken und Protestanten bestand, war überfällig.

Es folgen kurze Abschnitte über kleinere Parteien, die über kurz oder lang in der einen oder anderen Volkspartei aufgegangen sind, nämlich die Deutsche Partei (DP), die überwiegend in die CDU integriert wurde, und die Gesamtdeutsche Volkspartei, deren Einbindung in die SPD durch so prominente Vertreter wie die späteren Bundespräsidenten Gustav Heinemann und Johannes Rau, aber auch Erhard Eppler und Dieter Posser belegt ist. Aber auch der SPD hat dieser Integrationsvorgang genutzt, da er sie für bürgerlich-protestantische Kreise wählbarer machte.

Besonders relevant war die konfessionelle Öffnung der Zentrumsnachfolgepartei CDU jedoch für die Liberalen. Im Zuge der Neu- und Wiedergründung der politischen Parteien nach 1945 waren viele von Hause aus liberale Protestanten zur Union gelangt. Diesen Aderlaß, der eine Spaltung des protestantischen Liberalismus bedeutete, zu kompensieren, war schwer, zumal sich die FDP in der politischen Auseinandersetzung mit dem in den 50er Jahren gravierenden Vorwurf konfrontiert sah, nicht auf christlichen Werten zu stehen. Die FDP blieb zwar in ihrer Mehrheit, was Mitglieder, Mandatsträger und Wählerschaft angeht, eine Partei der Protestanten, ohne daß dies etwas über Kirchennähe ihrer Klientel aussagen würde. Die Bemühungen der FDP um eine (Wieder-)Annäherung an den Protestantismus waren jedoch nur »bedingt erfolgreich« (S. 321). Der SPD ging es übrigens ähnlich. Dieser Befund trägt sicher zur Antwort auf die Frage bei, warum die 50er Jahre dermaßen im Zeichen Adenauers und der CDU standen.

Wer sich mit der Parteiengeschichte oder der Geschichte des Protestantismus der frühen Bundesrepublik beschäftigt, wird diese Arbeit gut gebrauchen können. Er wird aber auch die Erkenntnis bestätigt finden, daß sich die Bedeutung von Konfessionen, Kirchen und Theologie für die Politik und die politischen Parteien in den vergangenen 50 Jahren völlig verändert hat. Von den ehemals starren Schranken ist im Zuge dieser Westernisierung jedenfalls nicht mehr viel geblieben. Auf jeden Fall gilt schon hier: »The Past is a Foreign Country«.